



## Die Union handelt – wir kommen voran!

Die große Koalition unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in den ersten Monaten im Amt viel erreicht. Handel, Handwerk und Mittelstand signalisieren positive Erwartungen und Aufbruchstimmung. Wirtschaftsforscher haben ihre Wachstumsprognosen nach oben korrigiert, der Arbeitsmarkt steht vor einer Trendwende. Für Schwarzseher ist es eine Sensation: Seit Jahresbeginn sind in Deutschland trotz aller Entlassungsdrohungen per saldo fast 200.000 neue Stellen geschaffen worden, rund 150.000 davon voll sozialversicherungspflichtig (Financial Times Deutschland, 2.8.2006). Es muss festgestellt werden: Die Richtung stimmt - der eingeschlagene Reformkurs muss mit aller Konsequenz fortgeführt werden.

### Das haben wir erreicht:

#### 1. Gesetz zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung

Gleich zu Beginn unserer Amtszeit haben wir dieses Gesetz auf den Weg gebracht und zügig im Bundestag verabschiedet. Auf Initiative der Union bietet es insbesondere wirksame Hilfen für kleinere und mittlere Unternehmen, wie zum Beispiel die **Anhebung der Umsatzgrenzen** oder die **Verbesserung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten**. Einen großen Meilenstein haben wir auch mit dem **CO<sub>2</sub> - Gebäudesanierungsprogramm** gesetzt. Es läuft mit großem Erfolg bereits seit dem 1. Februar 2006 und sorgt für Arbeitsplätze.

Wir haben den **privaten Haushalt als Arbeitgeber** endlich erkannt und fördern die Beschäftigungsmöglichkeiten durch steuerliche Anerkennung der Kinderbetreuungs- und Pflegekosten. Erstmals sind auch Instandhaltungs- und Modernisierungskosten absetzbar.

#### 2. Elterngeld beschlossen

In der Familienpolitik, einem Kernanliegen von CDU und CSU, haben wir mit der wesentlich verbesserten steuerlichen Förderung ab dem 1. Januar 2006 und mit dem **Elterngeld ab dem 1. Januar 2007** deutliche Akzente gesetzt.

#### 3. strikter Sparkurs

Bei der Stabilisierung der öffentlichen Finanzen setzt die Koalition auf Druck der Union Maßstäbe, die weit über die „Agenda 2010“ hinausgehen. Es gibt mit dem **Haushaltsbegleitgesetz** jetzt endlich ernsthafte Ansätze, im Bundeshaushalt zu sparen (8 Mrd. Euro in 2006). Subventionen werden abgebaut (Eigenheimzulage). Damit wird die Schuldenaufnahme zurückgeführt und Deutschland kann wieder den **Europäischen Stabilitäts-pakt einhalten**.

#### 4. Wettbewerb im Gesundheitssystem – für mehr Wahlfreiheit und Transparenz

Schon immer galt bei der Konsolidierung der öffentlichen Kassen für die Union das Prinzip:

**Weniger Staat – mehr Eigenverantwortung.** Diesem Grundsatz konnten wir auch bei den Verhandlungen mit der SPD um die Gesundheitsreform Geltung verschaffen. So werden wir in Zukunft eben nicht das – von der SPD angestrebte – komplett staatsgesteuerte Gesundheitswesen mit Bürgerversicherung und/oder gigantischer Steuererhöhung haben. Vielmehr bekommen wir ein Gesundheitswesen, in das erstmals seit Jahrzehnten echte marktwirtschaftliche Elemente zum Wohle des Patienten eingeführt werden; die Versicherten erhalten mehr Wahlfreiheit, Transparenz und Information.

Wir haben den Einstieg in die gerechtere Steuerfinanzierung der Beiträge für Kinder geschafft.

Auch den **Fortbestand der Privaten Krankenversicherung** konnten wir durchsetzen.

## 5. Korrektur der Hartz - Gesetze

„Weniger Staat und mehr Eigenverantwortung“ gilt nun auch für die Empfänger von Transfereinkommen. Auf Druck der Union hat die Koalition die Zielgenauigkeit beim ALG II verbessert und den gesamten „Hartz IV-Prozess“ optimiert. Durch Verschärfung der Sanktionen bekämpfen wir Missbrauch, beseitigen Mitnahmeeffekte und setzen die **Leitlinie „Fördern und Fordern“** konsequent um. Mittel dürfen nur zweckgerichtet und für wirklich Bedürftige sparsam eingesetzt werden – darauf hat die Solidargemeinschaft einen Anspruch! Empfänger von Transfereinkommen dürfen nicht besser stehen als Beschäftigte, die einer regulären Arbeit nachgehen. Deshalb wird das ALG II im Herbst wieder einer kritischen Überprüfung unterzogen.

## 6. Bürokratieabbau ist „Chefsache“

Überbordende Bürokratie belastet Investitionen, Arbeitsplätze und das Wirtschaftswachstum. Das ist auch der Grund, weshalb die Bundeskanzlerin dieses Thema zur „Chefsache“ erklärt hat. Wir haben am 1. Juni 2006 im Bundestag ein **Gesetz zur Errichtung eines Normenkontrollrats zum Bürokratieabbau** beim Bundeskanzleramt ebenso wie die Einführung des Standardkostenmodells zur Erfassung der mit Gesetzentwürfen der Bundesregierung verbundenen Bürokratiekosten durch Berichts- und Informationspflichten beschlossen.

Darüber hinaus haben wir am 29. Juni 2006 ein **Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft** mit einer Reihe von immer wieder von der CDU geforderten Maßnahmen zum Bürokratieabbau beschlossen.

Ein weiteres, zweites Mittelstandsentsorgungsgesetz mit weiteren konkreten Maßnahmen ist für den Herbst 2006 bereits fest ins Auge gefasst.

## 7. Unternehmenssteuerreform

Die Unternehmenssteuerreform ist weiterhin ein wichtiges Anliegen der Union. Insbesondere die Punkte **Gleichstellung der Kapital- und Personengesellschaften** sowie die Sicherstellung der kommunalen Einnahmen durch eine neue Form der Gewerbesteuer sind hier hervorzuheben.

Die Unternehmensnachfolge werden wir durch eine **reformiertes Erbschaftssteuerrecht** – bei der die SPD-Forderung nach einer direkten Kopplung an den Erhalt der Arbeitsplätze vom Tisch ist – erleichtern und sicherstellen, dass kleine und mittlere Unternehmen nicht mehr Opfer einer Vererbung werden.

## Es geht weiter – damit unser Land vorankommt!

Wir haben bereits vieles auf den Weg gebracht und ein leichter Aufwind ist deutlich zu spüren. Die Union hat sich in der Großen Koalition als das stabilisierende und antreibende Element bewiesen. In allen Entscheidungen werden unsere Grundsatzpositionen sichtbar. Ein Grund, sich auszuruhen ist aber noch lange nicht in Sicht. Wir werden mit harter und geduldiger Arbeit unsere Reformprojekte weiter umsetzen. Sicher sind einigen die Reformen nicht schnell oder weit reichend genug. Bedenken müssen wir aber, dass wir zurzeit keine Unionspolitik pur machen können. Wir sind in einer Großen Koalition mit der SPD – das heißt, dass alle Beschlüsse und Handlungen nur Kompromisse sein können. Und trotzdem konnten wir schon einige Erfolge verbuchen, die den Aufwärtstrend gebracht haben. Diesen Weg gehen wir optimistisch weiter – damit unser Land vorankommt.

Herausgegeben von Lena Strothmann, MdB

Turnerstraße 5-9, 33602 Bielefeld,

**NEUERUFNUMMERN: Tel. (0521)96 87 99 10, Fax (0521)96 87 99 11**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin,

Tel. (030)227-72 467, Fax (030)227-76 467

E-Mail: lena.strothmann@bundestag.de,

Lena Strothmann im Internet: <http://www.lena-strothmann.de>